

6. Die Partnerschaft zwischen Poststrukturalismus und Demokratie

Viele Rezipient_innen aus den 1960er bis 1980er Jahren hätten es wohl nicht für möglich gehalten, dass ein Großteil der poststrukturalistisch beeinflussten Theoretiker_innen heutzutage als Denker_innen des Politischen eingestuft und/oder der radikalen Demokratie zugeordnet werden. Die Verwunderung, dass sich eine als apolitisch und demokratieavers verschriene Strömung wie der Poststrukturalismus bei der Entwicklung von Demokratietheorien wiederfindet, bildete den Ausgangspunkt für diese Forschungsarbeit. Es stellten sich die Fragen: Sind Demokratie und Poststrukturalismus unvereinbar? Sind die ursprünglichen Kritiken an der Demokratie-tauglichkeit poststrukturalistischer Grundannahmen zutreffend? Existieren unüberwindliche Widersprüche und/oder Brüche zwischen den poststrukturalistischen Theorien und ihren Überlegungen zur Demokratie? Müssen die hier vorgestellten Ansätze neuer Demokratiekonzeptionen daher als willkürliche Festlegungen eingestuft werden, die mit den ursprünglichen Erkenntnissen der Autor_innen nur marginal zu tun haben?

Ich denke, dass die vorhergehenden Kapitel deutlich gemacht haben, dass diese Fragen verneint werden können. Es gibt eine Vereinbarkeit von poststrukturalistischen Grundannahmen und Formen der Demokratie. Allen hier behandelten Autor_innen gelingt es, ihre Erkenntnisse in die Entwicklung ihrer Demokratiekonzeption einfließen zu lassen. Die Kritiken haben sich nicht bewahrheitet, die poststrukturalistischen Entwürfe sind nicht apolitisch oder relativistisch. Im Gegenteil beruhen sie alle auf einem starken und anspruchsvollen Wertegerüst. Dieses steht nicht im Widerspruch zu poststrukturalistischen Theorien, sondern greift die Erkenntnisse auf und baut sie kreativ mit ein.

Doch eine grundlegende Kritik wider das poststrukturalistische Denken wurde noch nicht abschließend beurteilt: Es wurde poststrukturalistischen Theorien vorgeworfen, keine Letztbegründung von demokratischen Werten und Demokratie leisten zu wollen und zu können. Nun wird zwar in der heutigen politischen Theorie so gut wie nicht mehr verlangt, Letztbegründungen vorzulegen und auch wirk-

mächtige normative Philosophen wie der späte Rawls verneinen (vgl. Reese-Schäfer/Mönter 2013: 197), einen universalen Wurf mit ihren Theorien erbringen zu können. Die Frage nach der Begründung der Demokratie durch die Poststrukturalist_innen scheint daher ein Anspruch zu sein, den mittlerweile schon so gut wie niemand mehr an sie stellt. Doch mit ihrer scharfen Kritik an jeglichen Essentialismen und mit ihren eigenen sehr hohen Ansprüchen an andere Theorien bringen Poststrukturalist_innen diese Frage von selbst auf. Wenn sie andere mit dieser Kritik angreifen, so müssen sie sich die Frage gefallen lassen, wie sie selbst ihre Theorien begründen, vor allem ihre normativen Passagen. Sie müssen hier eine Lösung vorlegen, wie sie demokratische Werte verteidigen können, ohne auf irgendwelche Dogmen oder Essentialismen zurückzugreifen, andernfalls würden sie sich selbst unglaublich machen.

Auch wenn sich Derrida, Butler, Laclau und Mouffe für Demokratie aussprechen, so existiert in ihren Werken keine Herleitung für die Demokratie und ihre Normen. Derrida, Butler, Laclau und Mouffe sind nicht bereit, bei der Demokratie für Sicherheiten zu sorgen, und sie bieten auch keine universellen Werte an. Die radikale beziehungsweise die kommende Demokratie sind für sie zwar der bisher präferierte, aber nur *ein* möglicher Weg, der aus den poststrukturalistischen Einsichten folgen könnte. Die Kritik der fehlenden Letztbegründung trifft tatsächlich vollumfänglich auf sie zu beziehungsweise sie bleiben an dieser Stelle ihren eigenen Grundüberzeugungen treu.

Wenn es also darum geht, wie Derrida, Butler, Laclau und Mouffe zu demokratischen Werten und zur Demokratie gelangen, so muss festgestellt werden, dass sie tatsächlich einen großen Schritt, wenn nicht gar einen Sprung innerhalb ihrer Theorien machen. Die normativen Entscheidungen und Grundsätze, welche sie zur Demokratie führen, stammen nämlich nicht aus ihren poststrukturalistischen Theorien und können nicht von diesen abgeleitet werden. Derrida, Butler, Laclau und Mouffe müssen für die Bejahung der Demokratie die poststrukturalistischen Einsichten mit Normen ergänzen, die sie zwar rechtfertigen, aber nicht (letzt-)begründen können. Diese sind eine Setzung, beziehungsweise eine politische Entscheidung der Autor_innen. Hier können zwei grundsätzliche Kritiken angebracht werden. Wenn ihre Werte eine Setzung sind, ist dann ihre Entscheidung erstens als beliebig einzustufen und stellt sie nicht zweitens selbst ein Dogma dar? Zunächst soll die erste Kritik beantwortet werden, um dann im späteren Argumentationsverlauf auf die zweite Kritik eingehen zu können.

Ihr Schritt der Setzung kann nicht als willkürlich im Sinne eines „anything goes“ bezeichnet werden, und er führt auch nicht zu etwas radikal Neuem. Die Beweggründe, weswegen sich Derrida, Butler, Laclau und Mouffe der Demokratie zuwenden, wurzeln durchaus in ihrem poststrukturalistischen Gedankengut. Dieses bietet verschiedene Motivationen, die den Weg zur Demokratie plausibel machen. Daher kommt diese Arbeit nicht zu dem Schluss, dass ein Widerspruch zwischen

den poststrukturalistischen Einsichten und den demokratischen Normen existiert oder dass zwischen beiden nicht genügend Verbindungen gezogen werden. Derrida, Butler, Laclau und Mouffe zeigen einen Weg auf, wie mit dem scheinbaren Makel der unmöglichen Letztbegründungen und den daraus resultierenden Unsicherheiten umgegangen werden kann. Der Ausgangspunkt liegt in ihren poststrukturalistischen Einsichten und sein (vorläufiges) Ende führt sie zu demokratischen Werten und zur Demokratie. Dieser Weg wird von ihnen gewählt, eben weil er eine Vereinbarkeit zwischen poststrukturalistischen Einsichten und demokratischen Werten erlaubt.

In ihren Texten führen sie mehrere Argumente auf, weshalb sie die Demokratie präferieren. Diese stehen zumeist unverbunden nebeneinander und wurden daher von mir zu einer stringenten Argumentationskette zusammengeführt. Die folgenden Schlussfolgerungen, wie sich ihr argumentativer Weg hin zu einem demokratischen Denken entwickelt, werden in ihren Theorien nicht explizit gezogen, können aber aus ihren Ergebnissen und aus ihren Einstellungen extrahiert werden.

Der Maßstab für die Auswahl von Normen

Es sind zwei Einsichten, die das poststrukturalistische Denken am stärksten prägen: Zum einen die Grundlosigkeit aller Bedeutungen, Normen und Werte, welche die Vorbedingung darstellt, dass überhaupt politische Entscheidungen getroffen werden können und müssen. Zum anderen erfordern diese Entscheidungen Macht- und Gewalteinsetze, damit sie sich auf Basis der Grundlosigkeit längerfristig durchsetzen können. Auch Normen und Werte sind kontingente, machtvoll Setzungen.

Nun kann eine Schlussfolgerung daraus sein, die Machtprozesse einfach hinzunehmen, sich in sie zu ergeben und/oder bei ihnen mitzumachen. Das ist die Befürchtung, welche die Kritiker_innen oftmals als Konsequenz aus dem Poststrukturalismus ziehen. Sie argumentieren, wenn alle Normen für ihre Durchsetzung Gewalt brauchen (weil Überzeugung laut der Poststrukturalist_innen auch schon eine Gewalt darstellt), dann sei letztlich egal, welche Normen in einer Gesellschaft vorherrschen. Es ließe sich schließlich nicht feststellen, welche Norm besser oder schlechter sei. Es wird in den Schriften von Derrida, Butler, Laclau und Mouffe deutlich, dass sie diese Schlussfolgerung nicht ziehen. Sie lassen nicht alle Normen nebeneinander stehen und sie schreiben Normen nicht durch den Machteinsatz einer vermeintlichen Letztbegründung fest. Für sie überwiegt ein anderes Argument: Wenn alle Normen grundlos sind, so muss keine Norm als gegeben akzeptiert werden, umso weniger, wenn die einzige Legitimation dieser Norm ein Machtakt ist. Es muss vor allem nicht hingenommen werden, dass jene Normen fortbestehen, die durch die meiste Macht flankiert werden. Für die vier Denker_innen erwächst aus dem Bewusstsein der Kontingenz die Chance, alles scheinbar Gegebene kritisieren und hinterfragen zu können. Machtakte sind zwar als soziale Begebenheit an sich hinzunehmen, aber es müssen nicht restlos alle Machtakte ohne Unterscheidung

und ohne Bewertung akzeptiert werden. Das poststrukturalistische Denken richtet sich also dezidiert gegen ein sich Ergeben, Hinnehmen oder Mitmachen.

Was allerdings akzeptiert wird, ist der Setzungscharakter von Normen an sich. Setzungen von Normen werden in der poststrukturalistischen Sichtweise nicht per se als etwas Negatives betrachtet. Sie werden als notwendige politische Entscheidung auf der Basis von Grundlosigkeit beziehungsweise Unentscheidbarkeit angesehen. Es gibt keine Alternative zu solch einer Entscheidung, denn gar keine politische Entscheidung zu treffen, hätte schlimmere negative Folgen. Alle vier Autor_innen sind der Ansicht, dass Willkür, Verantwortungslosigkeit oder ein Chaos ohne gesellschaftliche Bindungskräfte eine noch viel gewaltsamere Existenzweise bedeuten würde. Es ist also für die Poststrukturalist_innen zunächst nicht verwerflich, Normen ohne Letztbegründung und ohne sichere Basis in einen Diskurs einzubringen. Sich für Normen in einem politischen Akt zu entscheiden, ist der einzige Weg, um zu Normen zu gelangen. Die Grundlosigkeit und Setzbarkeit von Normen sehen die Poststrukturalist_innen von ihrer produktiven Seite: Erst durch sie ist eine Diskussion über Normen möglich. Das Vorschlagen-Können von Normen und ihr notwendigerweise durch Macht gestütztes Einbringen in den Diskurs bietet die Grundlage für anschließende politische Auseinandersetzungen, Kritiken und Entscheidungen zu Normen. Nur wenn Ideen in den Diskurs einfließen, können überhaupt andere, neue und vielleicht bessere Normen gefunden werden.

In ihren Theorien nehmen Derrida, Butler, Laclau und Mouffe selbst eine solche Normensetzung vor: Es konnte herausgearbeitet werden, dass Derridas ethische Überlegungen auf der Minderung von Gewalt und der Idee der Gerechtigkeit als Hinwendung zum Anderen aufbauen, dass Butlers ethischen Schriften die Verringerung der Prekarität und die Anerkennung der Anderen zugrunde liegt sowie dass Laclau und Mouffe ihre Demokratietheorie auf Basis der Normen der Freiheit und Gleichheit entwickeln. Diese Normen sind inkommensurabel und werden von ihnen als Prämissen eingeführt. Diese Normen nehmen zwei wichtige Funktionen in ihrer Theorie ein: Sie bilden zum einen die Grundlage für ihre Entwürfe der radikalen beziehungsweise der kommenden Demokratie. Zum anderen sind sie auch die Basis für die poststrukturalistische Entscheidung weg von einem Relativismus hin zu einer Ethik. Sie bilden den Maßstab mit dem Normen, das heißt Ethiken und Politiken, kritisiert werden können und sollten. Damit begründen sie den poststrukturalistischen Umgang mit Normen.

Für Poststrukturalist_innen steht also nicht das Einbringen von Normen in einen Diskurs im Fokus, sondern der anschließende Umgang mit diesen. Angesichts der Grundlosigkeit aller Normen und ihrer grundsätzlichen Kritisierbarkeit ist es ein politischer Prozess, welche Normen sich in einer Gesellschaft durchsetzen und ein dauerhafter Teil der Diskussion werden. Bevor darüber diskutiert wird, ob eine einzelne Norm gut oder schlecht ist, wollen die Poststrukturalist_innen zunächst die Rahmenbedingungen zur längerfristigen Durchsetzung und zur Beurteilung von

Normen klären. Sie verlangen nicht weniger als eine „Ethik der Ethiken“ beziehungsweise der „Politik der Politiken“, die jenes Auswahl-schema und jene Voraussetzungen bereitstellen, die eine Beurteilung, Infragestellung und Prüfung von Normen möglich macht.

Da das Einbringen von Normen prinzipiell bejaht wird, folgt die Frage, wie mit dem Fakt der Setzung von Normen umgegangen wird. Es gibt hierbei zwei grundlegende Wege, wie die Setzung von Normen kommuniziert werden kann: Der eine Weg betreibt eine Normensetzung, deren Setzungsscharakter mit Machteinsatz verschleiert wird und bei der die Norm zum Dogma wird. Bei dieser Setzung wird beispielsweise auf vermeintlich naturgegebene Fakten rekurriert oder ein rationaler und machtfreier Konsens aller beschworen. Die Macht dieser Setzung beruht in großem Maße darauf, dass die Begründung, warum dieser Norm zu folgen ist, an eine jenseits der Norm liegende „Autorität“ (Gott, Vernunft, Naturrecht, Naturgesetze, Gene usw.) ausgelagert wird. Hier wird die grundsätzliche Kritisierbarkeit der Normensetzung künstlich verhindert und der Setzungsscharakter der Norm bestritten. Eine politische Diskussion wird mit einem solchen Vorgehen unterbunden.

Der andere Weg hingegen betreibt eine Normensetzung, die zwar auch durch Machttakte zur Geltung kommt, jedoch den Charakter des Gesetz-Seins nicht verschweigt. Die Tatsache des Gesetz-Seins bleibt stets in der politischen Diskussion und ist ein für alle offensichtlicher Teil der Norm. Die daraus resultierende größere Angreifbarkeit der Norm ist kein Nachteil, sondern im Gegenteil ein Vorteil. Es wird dadurch ermöglicht, dass bei der Auswahl jener Normen, die das Zusammenleben bestimmen sollen, sich keine Norm der politischen Auseinandersetzung entziehen kann. Bei diesem zweiten Weg werden die Normen zwar auch ursprünglich gesetzt und auch sie bleiben durch Machtprozesse in den Diskursen. Der entscheidende Unterschied ist jedoch, dass die Normen jederzeit in einem politischen Prozess auf dem Prüfstand stehen und sich nicht durch Essentialismen vor Kritik immunisieren, also gerade nicht zu unumstößlichen Dogmen werden. Es ist dieser Weg, den Derrida, Butler, Laclau und Mouffe präferieren, weil die poststrukturalistische Erkenntnis der Grundlosigkeit hier nicht bestritten oder verschleiert wird. Ihre eigene Normensetzung wird daher offen von ihnen kommuniziert: Derrida gibt freimütig zu, dass er Glaubensbekenntnisse abgibt. Butler, Laclau und Mouffe gestehen den politischen Charakter ihrer Demokratietheorien ein. Sie betonen, dass ihre ethischen Überlegungen nur für die gegenwärtige westliche Gesellschaft gelten und dass sie nur solange Gültigkeit besitzen, bis bessere Normen gefunden werden.

Dieser Weg beinhaltet also eine überraschende, aber auch geschickte Wendung: Anstatt die Grundlosigkeit von Normen weiterhin als Problem zu betrachten und zu beklagen, dass durch sie jeglicher Maßstab verloren geht, wird aus ihr ein Teil der Lösung generiert. Der bewusste und offene Umgang mit Grundlosigkeit wird selbst zum Maßstab erklärt. Mit diesem Maßstab sind jene Normen abzulehnen, von denen behauptet wird, sie seien von Gott gegeben, von der Vernunft diktiert oder dem

menschlichen Denken angeboren. Es werden jene Normen kritisiert, die ihre Begründung aus essentialistischen Legitimationen ziehen und die als universell und wahr präsentiert werden. Bejaht werden solche Normen, welche die eigene Kontingenz nicht nur anerkennen und diese offen zugeben, sondern welche die eigene Grundlosigkeit zum festen Bestandteil haben. Es werden jene Normen geschätzt, die politische Prozesse befördern anstatt sie einzugrenzen. Es gilt den Poststrukturalist_innen als Ethik der Ethik, dass bei jeder Auswahl von Ethiken immer mit kommuniziert wird, dass diese Wahl eine vorläufige und zu diskutierende ist, dass sie nach wie vor kritisiert werden kann und dass sie bei veränderten Umständen oder aufgrund neuer Einsichten auch wieder angepasst werden kann. Es gilt als Politik der Politiken, dass die politischen Entscheidungen zur Auswahl von Ethiken thematisiert werden, die politische Diskussion offen gehalten wird, keine Autorität sie abbrechen kann und niemand ein besonderes Recht erhält, diese Diskussion auf eine bestimmte Richtung festzulegen. Es gelingt ihnen mit dieser Wende auf überzeugende Weise, aus dem ursprünglichen Problem der Grundlosigkeit der Normen die Lösung des Dilemmas zu generieren, dass Normen nicht begründet werden können, sie aber dennoch gebraucht werden. Die Anerkennung der Vorläufigkeit, Veränderbarkeit, Kritisierbarkeit und Zukünftigkeit von Normen ermöglicht einen verantwortungsvollen Umgang mit diesen: Wenn auf Normen nicht verzichtet werden kann, dann ist der einzige Weg um ihre negativen Begleiterscheinungen zu mildern, dass sie nicht als universell, wahr und festgeschrieben gelten. Die Unsicherheit nach jeder Entscheidung ist wichtig, da nur so die Renaturalisierung von Normen verhindert werden kann. Indem Poststrukturalist_innen darauf verzichten, eine scheinbare Letztbegründung zu geben, werden die von ihnen aufgestellten Normen in der Diskussion verbleiben. Selbst wenn sie sich für die Gegenwart als die beste Variante erweisen sollten, wird es in Zukunft leichter möglich sein sie zu verwerfen, wenn die Umstände dies verlangen.

Die Maxime, dass jede normative Entscheidung sich als vorläufig begreifen soll, gilt selbstverständlich auch für die normativen Entscheidungen der Poststrukturalist_innen. Ihre Vorschläge einer möglichen Ethik der Ethiken werden von ihnen nicht als absolut begriffen. Die Poststrukturalist_innen beharren darauf, dass eine Unsicherheit bestehen bleibt, ob die von ihnen gewählten Normen die „richtigen“ oder „besten“ Normen sind. Dementsprechend ist all ihren Normen gemein, dass sie offen bleiben für neue Einschreibungen und veränderte Deutungen. Ebenso firmiert die Entscheidung für die Demokratie immer nur unter dem Vorbehalt der Vorläufigkeit. Demokratie und Poststrukturalismus gehen daher keine lebenslange „Ehe“ ein, sondern sind eher als „Lebensabschnittspartner_innen“ zu begreifen, die ihre Verbindung wieder lösen, wenn sich die Umstände geändert haben und/oder sich eine bessere „Partie“ findet. Demokratie stellt für die Poststrukturalist_innen nur die momentan ansprechendste Lösung dar. Sie wollen sich nicht davor ver-

schließen, dass in der Zukunft andere Ideen entwickelt werden, die das poststrukturalistische Denken in dieser Zeit noch besser umsetzen.

Michael Wetzel hat das Denken der Poststrukturalist_innen zu Vorläufigkeit und Machtanspruch treffend zusammengefasst:

„Derridas Denken sollte in diesem Sinne auch von der deutschen Philosophie gastlich aufgenommen werden, auch und gerade weil er keine Paläste als Wohnstatt beansprucht, von denen aus die Herrschaft eines neuen Systems unter dem Namen ‚Dekonstruktivismus‘ aufgerichtet werden sollte, sondern weil Dekonstruktion eben heißt, nur in nomadischen Zelten zu wohnen und immer bereit zu sein zum Aufbruch, zum Weiterziehen, um der unmöglichen Möglichkeit von Gerechtigkeit gegenüber dem Anderen, der Gabe und der Zeit dennoch denkend gerecht werden zu können.“ (Wetzel 1994: 86)

Sein Zitat verdeutlicht, dass das, was für die Politik und den einzelnen Menschen gilt, auch für die politische Philosophie und die Politikwissenschaft Gültigkeit hat. Derrida, Butler, Laclau und Mouffe folgen ihrem eigenen Standard und reflektieren die Grenzen ihrer eigenen Theoriebildung. Insofern sind ihre Thesen auch ein Anspruch an den politischen Charakter von Politikwissenschaft.

Grundlegende Normen als Entscheidungen

Kann aus dem Vorliegen von Grundlosigkeit ein ethisches Verhalten abgeleitet werden, das verlangt, Grundlosigkeit anzuerkennen? Nein, dies wäre ein naturalistischer Fehlschluss. Zwar werden Grundlosigkeit und Kontingenz von den Poststrukturalist_innen als Fakten angesehen, aber das heißt nicht, dass diese Fakten auch offen kommuniziert werden müssen. Aus der Existenz von Kontingenz und Grundlosigkeit folgt keine Handlungsanweisung, denn es könnten auch andere Wege eingeschlagen werden. So könnten alle Normen als gleichwertig eingestuft werden, egal wie sie sich letztendlich rechtfertigen, oder es könnte akzeptiert werden, dass jene Normen gelten sollen, die sich in den Machtprozessen durchsetzen.

Das Bewusstsein für Kontingenz kann nur ein Teil der Lösung sein, welche Rahmenbedingungen zur Gewinnung von Normen gelten. Die Entscheidung für diesen Maßstab muss ebenfalls begründet werden. Zur Begründung der Bedeutung des Kontingenzbewusstseins wird stets auf die geringere Gewalt oder die Vermeidung von Ausschlüssen hingewiesen. Dies trifft nicht nur auf Derrida und Butler zu, bei denen die Verknüpfung zwischen Gewaltminderung und Kontingenzbewusstsein am sichtbarsten ist und daher in Kapitel 4.1.1 und 4.2.6 deutlich herausgearbeitet wurde. Auch bei Laclau und Mouffe ist die Gewaltminderung in der Ablehnung von Unterdrückungsverhältnissen und in der Notwendigkeit von Freiheit und Autonomie enthalten (vgl. Kapitel 4.3.4 und 4.3.5). Wenn offen zugegeben wird, dass eine Norm auf Gewalt gründet, ist dies gewaltärmer, als wenn zusätzliche Gewalt ausgeübt wird, um die ursprüngliche Gewalt zu verschleiern. Auch andere Theore-

tiker_innen wie Rorty oder Habermas setzen auf Gewaltlosigkeit bei der Auswahl der Normen, indem sie entweder auf Überzeugung statt Zwang setzen oder als Ideal den machtfreien Diskurs anstreben. Der entscheidende Unterschied zwischen ihnen und den Poststrukturalist_innen ist, dass letztere die Möglichkeit der Machtfreiheit und Überzeugung nicht für möglich halten, sondern den Maßstab der Vernunft auch als mögliche Gewalt werten. Hier unterscheiden sich ihre Theorien auch von der offenen Gesellschaft des Kritischen Rationalismus, mit der sie ansonsten verblüffende und überraschende Ähnlichkeiten haben.³⁵⁸ Für Poststrukturalist_innen sollten daher jene Normen gewählt werden, die am wenigsten Macht einsetzen.

Die Einsicht der Grundlosigkeit nimmt zwar eine zentrale Stellung in der poststrukturalistischen Ethik ein, da sie die Ethik mit dem poststrukturalistischen Gedankengut verknüpft. Sie ist aber nicht der ethische Kern. Der ethische Kern ist der Anspruch auf Gewaltminderung und eine gerechte, anerkennende Ausgestaltung der Beziehung zu dem Anderen. Das Kontingenzbewusstsein ist keine hinreichende Begründung für eine verantwortungsvolle Hinwendung zum Anderen. Weder die Normen der Freiheit und Gleichheit, noch eine gerechte Verteilung von Prekarität oder die Gastfreundschaft lassen sich mit dem Kontingenzbewusstsein begründen. Es ist möglich jemandem so gerecht zu werden, wie es die Umstände erlauben, ohne die Rahmenbedingungen zu reflektieren. Dennoch spielt das Kontingenzbewusstsein eine wichtige Rolle bei der Implementierung dieser Normen und der Erschütterung von hierarchischen Strukturen, welche dem Anerkennen von Grundlosigkeit entgegenstehen. Ein Bewusstsein um die Kontingenz zwischenmenschlicher Setzungen und sprachlicher Bedeutungen kann so gesehen zu einer Haltung führen, die es erleichtert ethisch gut zu handeln, das heißt, Gewalt zu mindern, dem Anderen gerecht zu werden, Freiheit und Gleichheit als Werte zu verfolgen.

Die hier untersuchten Autor_innen vollführen also, anders als Dietrich Krauß es Derrida vorwirft, keinen „Taschenspielertrick“, bei dem der „Begriff der Ethik bis zur Unendlichkeit“ verschoben wird, indem die „Grundlosigkeit von Ethik, die Aporien der Unentscheidbarkeit, die Verankerung der Ethik im Paradox [...] in eine ethische Position“ (Krauß 2001: 14) umgedeutet wird. Zwar sehen die Poststrukturalist_innen diese Haltung tatsächlich als ethische Haltung an, diese resultiert aber nicht aus einer Umdeutung von Ethik, sondern aus ihren tieferliegenden ethischen Normen. Dies ist der Punkt, an dem die ethischen Überlegungen Derridas, Butlers, Laclaus und Mouffes ihren Schritt machen müssen: Um ihr ethisches Kontingenzbewusstsein zu rechtfertigen, müssen sie sich hierzu *vorher* für Normen entschieden haben, die sie nicht weiter begründen können.

358 In ihrer Kritik an Letztbegründungen, Teleologien und Dogmen, der Betonung auf Offenheit für Neues, der Bejahung des Pluralismus, der Akzeptanz von fehlbaren Menschen und der Ansicht von Fortschritt als langsame Reform denn Revolution teilen beide Strömungen Gemeinsamkeiten.

Die Auseinandersetzung mit der Demokratie als vorherrschender Ordnung

Doch wie steht ihre Ethik der Ethiken beziehungsweise Politik der Politiken mit der Demokratie in Verbindung? Es gibt zwei Argumentationswege, wie die Poststrukturalist_innen zur Demokratie gelangen. Das schwächere Argument wurzelt in ihrer Einsicht, dass vorherrschende Diskurse wie die Demokratie nicht abgeschafft, sondern nur von innen heraus geändert werden können – es führt kein Weg an der Demokratie vorbei als sie zu berücksichtigen, zu dekonstruieren und eine dekonstruierte Form der Demokratie zu entwerfen. Das stärkere Argument führt auf, dass sich im demokratischen Denken Eigenschaften finden lassen, die die poststrukturalistischen Einsichten unterstützen und ergänzen, und dass die gewaltärmsten Normen auch demokratische Normen sind.

Ihr schwächeres Argument basiert auf zweierlei Weise auf ihrem poststrukturalistischen Denken: Dieses verleugnet zum einen nicht die Verwobenheit in vorgängige Diskurse, das heißt, sie sind sich bewusst, dass Diskurse das eigene Denken vorstrukturieren, prägen und den Horizont dieses Denkens vorgeben. Zum anderen gehen sie davon aus, dass es eine kontingente Entscheidung ist, welche Normen als erstes in den Blick genommen werden. Es kann entschieden werden, die bereits bestehenden Diskurse als Basis für alle folgenden Diskussionen anzusehen. Sich der Demokratie als vorherrschenden Diskurs in unserer westlichen Kultur zuzuwenden und sie zu dekonstruieren, ist daher keine überraschende Handlung der Poststrukturalist_innen. Sie ist allerdings insofern ernüchternd, da die Poststrukturalist_innen als radikale Kritiker_innen von populären Diskursen bekannt sind und nach der Lektüre ihrer Texte die Erwartung entsteht, dass sie nach ihren ungewohnten, erschütternden Fragen auch bahnbrechende und vor allem neue Antworten finden. Stattdessen scheinen sie schlussendlich beim bereits Bekannten anzukommen – nämlich der Demokratie.

Doch es macht Sinn, dass sich Derrida, Butler, Laclau und Mouffe im politischen Bereich mehr als Reformer_innen denn als Revolutionär_innen erweisen. Die Grundlage für Revolutionen ist die Vorstellung, mit dem Alten radikal brechen zu können. Alle hier behandelten Autor_innen gehen davon aus, dass dieser Bruch nicht möglich ist. Einerseits zeigen Revolutionen der Vergangenheit, dass viele sogenannte Brüche zahlreiche Elemente des Alten weiter in sich trugen. So beendete die Französische Revolution nicht die Diskriminierung von Frauen, obwohl sie eigentlich alle Menschen gleich stellen wollte und die Gründung der USA führte nicht zur Abschaffung der Sklaverei oder der Anerkennung von amerikanischen Ureinwohner_innen als Bürger_innen. Auch die Form des Wirtschaftens blieb weitgehend unangetastet. In vielen Lebensbereichen zeigt sich die Revolution als Fortschreibung des Alten unter neuer Führung. Die Entscheidung auf eine andere Form des Wandels zu setzen, die gewaltärmer erscheint, ist einerseits im Einklang der von ihnen aufgestellten Normen, andererseits ist es auch eine strategische Ent-

scheidung. Die Aussicht auf eine Revolution löst viele Ängste aus, mobilisiert Widerstände und bedarf daher eines enormen Einsatzes für einen mehr als ungewissen Ausgang.

Dazu kommt, dass der radikalste Bruch, der Ausbruch aus dem Diskursiven, unmöglich ist. Der eigene Erkenntnishorizont ist der poststrukturalistischen Ansicht nach durch die vorherrschenden Diskurse stark geprägt und niemand kann aus ihnen entgehen. Selbst das vermeintlich Andere dieser Diskurse ist als konstitutives Außen bereits ein Teil dieser und trägt zu ihrer Stabilisierung bei. Was möglich ist, ist die Veränderung innerhalb der Diskurse im Machtgleichgewicht zwischen Diskursen, in deren Schnittstellen, an den Rändern, dem Ausgeschlossenen oder den inneren Logikbrüchen. Der erfolgsversprechendste Weg, den Poststrukturalist_innen für sich sehen, ist die herrschenden Diskurse nicht völlig zu verwerfen, sondern ihre Kernbestandteile aufzugreifen und sie in destabilisierender Weise zu verändern. Ihre Erwartung ist, dass sich die Diskurse sodann nach und nach von innen heraus wandeln und sich dieser Wandel als radikaler und erschütternder erweisen wird als wenn etwas (scheinbar) völlig anderes propagiert wird. Die Erwartung stützt sich darauf, dass in Diskursen oftmals bereits Versprechen existieren, die für sich genommen bereits sehr anspruchsvoll und radikal sind: Besonders Derrida arbeitet mit der Gerechtigkeit, der Demokratie, der Gastfreundschaft und der Gabe Konzepte heraus, die, sollten sie sich durchsetzen, tatsächlich eine radikal andere Gesellschaft zur Folge hätten. Auch Laclau und Mouffe zeigen auf, dass die Werte der Freiheit und Gleichheit gesellschaftsveränderndes Potenzial in sich tragen.

Dekonstruktivist_innen sind keine Erfinder_innen, die das Alte verwerfen und etwas grundlegend Neues kreieren wollen (oder glauben, dass sie das tun könnten). Sie sind gründliche Reformer_innen, die das bereits Gegebene analysieren, es kritisch hinterfragen, Teile seiner Bedeutungsketten verwerfen, andere Teile erhalten und dann aus diesen etwas Verändertes zu erschaffen versuchen. Es ist in dieser Hinsicht also nicht verwunderlich, dass sie sich der Demokratie als vorherrschenden Diskurs des Westens zuwenden, denn an diesem Diskurs kommen sie gar nicht vorbei. Bei der Ausarbeitung der verschiedenen Versionen der radikalen beziehungsweise kommenden Demokratie wurden zunächst die bestehenden Diskurse zur Demokratie aufgegriffen, durch Dekonstruktion zentrale Kernbestandteile herausgearbeitet und mit diesen eine Demokratiekonzeption entworfen, welche die bisherige Demokratie radikalisiert. Die radikale Demokratie ist so gesehen ein erwartbares Ergebnis der Dekonstruktion. Befürchtungen einer nihilistischen und apolitischen Theorie müssen als eine Missinterpretation poststrukturalistischer Arbeitsweise bezeichnet werden.

Der Nachteil dieses Weges der Dekonstruktivist_innen ist, dass nicht absehbar ist, ob ihnen mit diesem Vorgehen gelingen kann, die vorherrschenden politischen Diskurse wirklich zu verändern, oder ob nicht doch das meiste beim Alten bleibt. Eine solche Garantie können andere, „revolutionärere“ Herangehensweise aller-

dings auch nicht bieten. Der Vorteil ist, dass ihr Vorgehen Anschlüsse an das Bestehende ermöglicht und sich nicht von den Erfahrungswelten, wie sie in den vorherrschenden Diskursen wahrgenommen werden, löst. An diesem Punkt muss daher der Kritik widersprochen werden, dass den poststrukturalistischen Theorien die Praxisnähe fehlen würde. Vielmehr muss die Vorstellung politischer Praxis kritisiert werden. Der Vorwurf ist wahr, wenn unter politischer Praxis verstanden wird Fragen zu lösen wie: „Was für ein Wahlsystem sollen wir einrichten?“ oder „Wie wird festgelegt, wo die neue Umgehungsstraße entlangführt?“ Doch die hier untersuchten Autor_innen adressieren eine andere Form politischer Praxis, nämlich die einer politischen Haltung. Sie sind daher nicht output-orientiert und auch nicht prozessorientiert, sondern für sie müssen die grundlegenden Parameter einer gelungenen politischen Praxis bereits einen Schritt früher analysiert und festgelegt werden. Es bedarf eines *homo democraticus* und einer Politik der Politiken, beziehungsweise einer Ethik der Ethiken, die diesen *homo democraticus* ermöglicht. Es ist für sie Teil der politischen Praxis, dass die Bedingungen der Möglichkeit der „sichtbaren“ Politik (Straßen, Wahlmodalitäten etc.) politisiert werden. Der Kritik der Politikferne setzen sie somit eine Politisierung jener Gebiete entgegen, die von vielen anderen Theorien als unpolitische Grundlage für Politik gesehen werden. Sie legen überzeugend dar, dass erst aufbauend auf die Implementierung einer demokratischen Haltung Inhalte diskutiert werden können. Auch der Vorwurf der Praxisferne ist demzufolge zurückzuweisen. Vielmehr ist dieser Vorwurf bereits Teil einer, wenn auch vielleicht nicht von allen wahrgenommenen Debatte über das, was als „politische Praxis“ zu gelten hat.

Der gemeinsame Kern von Demokratie und Poststrukturalismus

Das stärkere Argument für die Demokratie beruht darauf, dass die Poststrukturalist_innen eine interessante Verknüpfung zwischen (radikaler und kommender) Demokratie und Poststrukturalismus ziehen. Bei ihrer Entscheidung, welche der vielen möglichen Eigenschaften der Demokratie sie bei ihrer Dekonstruktion als erhaltenswert einstufen, besinnen sie sich auf eine Eigenschaft, die auch der Poststrukturalismus teilt: Das Kontingenzbewusstsein und Anerkennen von Grundlosigkeit. Für sie ist der zentrale Kern der Demokratie die Unbestimmtheit und das Bewusstsein der Grundlosigkeit.

„Was der Demokratie fehlt, ist eben genau der eigentliche Sinn, der Sinn des Selben selbst [...], das was sie selbst ist, das Selbe, das wahrhaft Selbe ihrer selbst [...]. Dieser Sinn definiert die Demokratie und selbst das Ideal der Demokratie durch diesen Mangel des Eigenen und Selben.“ (Derrida 2003a: 59f.; vgl. ebd. 24f., 45, 48, 53)

„Denn wenn wir eine theoretisch vorgefaßte Meinung von der Demokratie mitbringen, die wir nicht der demokratischen Auseinandersetzung aussetzen wollen, dann ist unsere theoretisch vorgefaßte Meinung entschieden undemokratisch.“ (Butler in Lorey et al. 1995: 97)

„[...] democracy is the very placing in question of the notion of ground.“ (Laclau 1990a: 78, 169f., vgl. Laclau und Mouffe 2000: 231)

Demokratie hält den Ort der Macht leer, sie entbehrt jeglicher äußerer Legitimation, sie ist in ihrem Zentrum unbestimmt. Für das demokratische Denken stellt Grundlosigkeit kein Problem dar, sondern die Akzeptanz der Grundlosigkeit ist für demokratische Prozesse essentiell.³⁵⁹ Sie ist eine notwendige Voraussetzung für die Demokratie: Wer wirklich davon überzeugt ist, mit der eigenen Meinung die Wahrheit und das Richtige zu vertreten, wird sich nicht freiwillig einer Mehrheitsentscheidung beugen. So jemand wird es auch nicht für sinnvoll halten, anderen Argumenten Raum zu geben oder Lebensentwürfe gelten zu lassen, die seinen Vorstellungen zuwider laufen. Dazu bedarf es einer demokratischen Haltung. Die Akzeptanz der Grundlosigkeit erleichtert es, die Opposition zu würdigen (denn auch diese kann prinzipiell Recht haben) und einen Pluralismus zu leben (denn jede_r sollte die Chance haben, seine_ihre persönlichen Werte umzusetzen).

Eine Vereinbarkeit von Demokratie und Poststrukturalismus wird demnach dadurch erreicht, indem für das poststrukturalistische und das demokratische Denken die gleichen Grundlagen gelten: Die Einsicht der eigenen Kontingenz. Mit dieser Verbindung setzen Derrida, Butler, Laclau und Mouffe das poststrukturalistische und das demokratische Denken in einem zentralen Punkt gleich. Im Endeffekt wird der Poststrukturalismus zur Vorbedingung der Demokratie und die Demokratie dient ihrerseits als Unterstützung des poststrukturalistischen Denkens.

Es hat sich gezeigt, dass Derrida, Butler, Laclau und Mouffe einen neuen Weg zur Verteidigung von Demokratie anbieten. Sie haben neuartige Begründungswege und liefern Antworten darauf, wie die Demokratie Krisen meistern kann: Statt allein den

359 Vgl. dazu auch Hagemann 2014: 103; Welsch 1993: 182f. Eine ähnliche Aussage trifft auch Gustav Radbruch: „Relativismus ist die gedankliche Voraussetzung der Demokratie“ (Radbruch 1970: 84). Seine folgenden Begründungen machen aber recht schnell klar, wo sich Derrida, Butler, Laclau und Mouffe von Relativist_innen unterscheiden. Sie würden eben gerade nicht „jeder politischen Auffassung, die sich die Mehrheit verschaffen konnte, die Führung im Staate [...] überlassen“ (ebd.: 84). Für sie ist der entscheidende Maßstab für ihre Kritik und Bewertung, ob andere politische Auffassungen selbst die eigene Kontingenz anerkennen oder nicht.

Output zu stärken,³⁶⁰ Probleme der Repräsentation anzugehen oder Bürger in politischen Entscheidungen zu inkludieren, fordern sie eine demokratische Haltung der Menschen ein und legen Wert darauf, die Rahmenbedingungen für Demokratie zu fördern.

Dazu können poststrukturalistische Demokratiekonzeptionen herangezogen werden, weil, wie in dieser Arbeit nachgewiesen, eben kein Bruch zwischen poststrukturalistischen Thesen und Demokratietheorien besteht. Daher ist die poststrukturalistische Demokratietheorie ein politisches Denken im besten Sinne, da es die Demokratie mit eigenen Forschungsergebnissen beleben und weiterentwickeln kann und gleichzeitig bestrebt ist, das Forschen darüber zu politisieren und zu demokratisieren.

360 Dies bezeichnen Buchstein und Jörke als Rationalisierung der Demokratietheorie, die output-orientiert ist (vgl. Jörke 2006: 257).

